



## Rede zum Haushalt 2011 der Stadt Ronnenberg

von Ruth Wenzel, Grüne Fraktionsvorsitzende

**S**ehr geehrte Damen und Herren, Sie möchte Sie jetzt gerne entführen, entführen in ein Gedankenspiel:

Stellen Sie sich vor, Ronnenberg wäre eine Bank. Wir könnten dann unser Rathaus vergolden, unsere Stadtkasse in repräsentative Projekte schütten – und wenn es nicht mehr weiter geht, wenden wir uns an die Bundesregierung. Wäre die Stadt Ronnenberg eine Bank, dann bekämen Ratsmitglieder für Fehlentscheidungen einen Bonus und zum Schutz der AnlegerInnen gäbe es Rettungsschirme.

EinwohnerInnen sind aber keine AnlegerInnen – ist das das Problem? Dummerweise haben wir Ratsmitglieder kaum Fehlleistungen zu verantworten, haben kein Geld in leichtsinnige Geschäfte angelegt, nichts teuer gekauft und anschließend zurückgeschenkt, keine Bilanzen gefälscht, keine Prachtbauten gebaut, nicht in die eigene Tasche gewirtschaftet. Nach dem Ausscheiden aus dem Rat werden keine Beraterverträge oder Aufsichtsratsposten zugeschanzt.

Wir haben alles vermieden, wofür Brüssel und Berlin gerne einspringen. Wir haben uns bemüht, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln – wenig genug – das Optimale zu erreichen und mit Einsparungen möglichst wenig Schaden anzurichten.

Der Schaden, der durch die niedersächsische und Berliner Finanzpolitik mit ihren Steuerrechtsänderungen in Form von Kürzungen von Zuschüssen und Zunahme von Belastungen verursacht wird, ist unerträglich hoch und kann nicht durch die Kommune aufgefangen werden. In der Kommune spielt nämlich die Musik der Daseinsvorsorge, aber wie lange kann sie noch unter diesen Umständen aufrechterhalten werden?

Wir wohnen in Ronnenberg, wir arbeiten hier, gehen hier zur Schule. Es geht um die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger, um ausreichende Kita- und Krippenplätze mit qualifiziertem Personal, um Schulen mit einer angemessenen Aus-

stattung, um ein attraktives Kulturangebot, um präventive Jugendarbeit, um eine intakte Umwelt und Natur, um einen gut funktionierenden ÖPNV, Straßen, Fahrradwege und vieles mehr.

Werden die finanziellen Mittel mehr als knapp, dann stehen auch die so genannten freiwilligen Leistungen der Kommunen für soziale und kulturelle Angebote im Focus eines Streichkonzerts (2011: 869.300 Euro).

Der Terminus »freiwillige Leistungen« erzeugt den falschen Eindruck, die Stadt könne gut auf diese Leistungen verzichten. Hierzu gehören das Nachttaxi für Frauen, der Zuschuss zum Ronnenberg-Blick, Beihilfen zu Klassenfahrten, Zuschüsse für die Jugendfeuerwehr, für SeniorInnen, Förderung der Sportvereine u. v. a. m. Wenn diese freiwilligen Leistungen tatsächlich gestrichen würden, wären Chancengleichheit und das Recht auf Teilhabe gefährdet.

Die sehr intensive und gewissenhafte Arbeit der städtischen MitarbeiterInnen, im Zusammenhang mit dem Haushalt insbesondere des Fachbereichs für Finanzen und auch die der Fraktionen wird im Grunde genommen ad absurdum geführt. Ein staatlicher Rettungsschirm wird für Banken – nicht für Kommunen – aufgespannt. Und die Manager, die selbst verantwortlich sind für die finanzielle Krise, erhalten weiterhin ihre Boni in Millionenhöhe – kompetente Mitarbeiter muss man eben halten. (Nur wenige Tage nach der überraschenden Aufstockung der Staatsgarantien auf 142 Milliarden Euro hat der Immobilienfinanzierer HRE eingeräumt, für das abgelaufene Geschäftsjahr Boni in Höhe von 25 Millionen Euro gezahlt zu haben.)

Kompetenz hat man, wenn man Milliarden in den Sand setzt und damit ein

Unternehmen gegen die Wand fährt? Familien, Kinder und Schulen, wir als Stadt sollen dafür haften? Warum?

Wäre es dann nicht mehr als legitim, wenn nach dem Beispiel der Bankenrettung eine Entschuldung von Städten und Gemeinden durchgeführt und das Konnexitätsprinzip endlich tatsächlich Anwendung finden würde? Wie wäre es mit einer neuen Finanzverfassung, die die Kommunen entlastet?

Neue Steuerschätzungen weisen immerhin auf beträchtliche Mehreinnahmen hin, jedoch wird u. a. die Schuldenbremse auf Bundes- und Landesebene mit ihren negativen Auswirkungen die Situation der Kommunen kaum verbessern helfen. Allerdings eins muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden: Gedanken an Steuerersenkungen wie von der FDP propagiert sind in dieser Situation völlig kontraproduktiv.

Ein kurzer Blick auf Zuweisungen und Umlagen von Bund, Land oder Region: Verbessert haben sich die Anteile an der Einkommensteuer, wobei seitens der Bundesregierung neue Einschränkungen angedacht sind in Form eines Einkommensteuereinschlags.

Weiter auf Seite 2 →

### RUNDBRIEF – WAS IST DRIN?

- S. 1: Rede zum Haushalt 2011**
- S. 3: E10 boykottieren!**
- S. 3: Landschaftsschutz in der Region**
- S. 5: B-Plan Rathausumfeld**
- S. 5: Hartz IV: Blockade auf dem Rücken der Bedürftigen**
- S. 6: B-Plan Wohnpark**
- S. 7: Ein Wahlbereich statt zwei in Ronnenberg**
- S. 7+8: Keine neue Endlagerung: CCS stoppen**





→ Die Gewerbesteuer als wichtigste, aber auch unberechenbare, da konjunkturabhängige Steuer kann uns noch die eine oder andere Einnahme zusätzlich bringen. Wir haben alle die gute Nachricht gelesen, dass sich neue Wirtschaftsbetriebe in Ronnenberg niederlassen. D. h.: mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze für Ronnenberg. Herr Zehler, wir haben uns darüber sehr gefreut und wir wünschen Ihnen und Ihrem Team weitere entsprechende Erfolge – die Unterstützung des Rates ist Ihnen gewiss!

Unsere Kreditaufnahme erhöht sich noch einmal knapp um ein Drittel – und das ist gut so, damit die Investitionen, auf die ich gleich noch eingehe, fließen, um den Gewinn bzw. die Ersparnis so früh wie möglich abschöpfen zu können, ganz abgesehen von den augenblicklichen niedrigen Zinssätzen. Das verstehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Nachhaltigkeit!

Wir geben jetzt mehr Geld aus, um in Zukunft Kosten zu sparen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben uns von diesem Leitbild führen lassen und entsprechende Änderungsanträge zum Haushalt und zu Gebührenhaushalten gestellt. Energetische Maßnahmen, Reparaturen, Maßnahmen in Richtung kostendeckende Gebührenhaushalte – das sind unsere Themen zur direkten und indirekten Verbesserung des Haushaltes. Gerade Letzteres – die Gebührenhaushalte – belasten den Haushalt, wenn der vorgesehene Deckungsgrad der Gebühren mehr oder weniger nicht gegeben ist.

Zum Beispiel: Das Abwasserkanalsystem: Der hohe Sanierungsbedarf hat sich über Jahre addiert. Dank Einrichtung eines Kanalkatasters konnten die schadhafte Stellen lokalisiert werden. Die Vorgaben der Verwaltung zum Umfang der Sanierungsmaßnahmen reichten uns nicht aus. Wir Grünen haben dafür plädiert, Maßnahmen vorzuziehen und deshalb die Gebühren um einige Cent mehr als geplant zu erhöhen. Um Synergieeffekte herzustellen, ist es notwendig, Arbeiten am Kanalsystem mit Straßenbauarbeiten abzugleichen. Ein höheres Volumen an Reparaturarbeiten der Abwasserkanäle zieht entsprechend höhere Investitionen im Straßenbau nach und erhöht somit die Ausgaben im Haushalt 2011. Mit dem Vorziehen von Maßnahmen wird eine Verschiebung von notwendigen Investitionen

verhindert. Ein Aufschub würde aber zu weiteren Schäden und Umweltschäden, damit einhergehenden höheren Kosten und zu einer größeren Belastung künftiger GebührenzahlerInnen führen. Ebenso verfahren wir mit dem Regenwasserkanalsystem.

Bei der Straßenreinigung und beim Bestattungswesen müssen die GebührenzahlerInnen das Defizit in Form von drastischeren Erhöhungen in späteren Jahren nachzahlen – wenn wir nicht umgehend handeln. Auch hier müssen wir mehr oder weniger moderate Erhöhungen bei den Gebühren in die Hand nehmen. Das wird sich im kommenden Jahr entscheiden.

Ein weiterer Änderungsantrag der Grünen fand seinen Weg in den Haushalt: Der Einbau von zwei (ursprünglich eigentlich drei) Blockheizkraftwerken in der Theodor-Heuss-Schule und in der Schulanlage Ronnenberg wird bereits für 2011 geplant und umgesetzt. Dies war nicht von der Verwaltung vorgesehen. Das von uns geforderte dritte BHKW ist für die MCS in 2014 geplant, sinnigerweise, wenn der Neubau abgeschlossen sein wird. Der noch zu prüfenden Rentierlichkeit sehen wir sehr zuversichtlich entgegen.

Für den städtischen Haushalt ergeben sich dadurch vorgezogene jährliche Entlastungen.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt dieser gewinnbringenden Maßnahme ist der Klimaschutz durch die fast CO<sub>2</sub> neutrale Stromerzeugung zu nennen. Darüber hinaus »erhöhen eigene Stromerzeugungsanlagen die Gewinnmöglichkeiten im Falle eigener Stadtwerke.

Stichwort Klimaschutz – wir warten inzwischen ungeduldig auf das Klimaschutzaktionsprogramm. Immerhin liegt damit das Solarkataster auf Eis. Es gab Verzögerungen, die nicht von der Stadtverwaltung zu verantworten sind. Wir hoffen, dass es 2011 uns vorliegen wird.

Endlich ist die Verlängerung der Berliner Straße auf Null gesetzt worden – wir hoffen nachhaltig.

Die hohe Zahl von säumigen GebührenzahlerInnen im Kinderbetreuungsbereich bei der Stadt Ronnenberg mit einer jährlichen Gesamtsumme im fünfstelligen Euro-Bereich ist erschreckend, aber schon fast Normalität. Einmal davon abgesehen, dass der Stadt Einnahmen verloren gehen, so liegt hier ein möglicher Indikator vor, der auf das Phänomen der Armut verweist.

Deshalb muss Prävention das Leitziel allen Handelns im sozialen Bereich sein. Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die verschuldet sind, hier insbesondere Familien und Alleinerziehende, bedürfen der Beratung und Unterstützung durch die Schuldnerberatungsstelle, der Jugendhilfe, der Sozialberatung. Hier müssen Netzwerke geknüpft werden, die den Menschen helfen, bevor sie in die Schuldenfalle abstürzen.

**BILDUNG:** Eine Ganztagschule light auf Kosten der Kommune und aller beteiligten AkteurInnen wird es mit uns nicht geben!

Das Fernziel für uns als Grüne sind gebundene Ganztagschulen für alle Kinder, die

- allen Schülerinnen und Schülern ein durchgehend strukturiertes Angebot in der Schule an mindestens vier Wochentagen anbieten
- in denen die Aktivitäten der Schüler am Vormittag und am Nachmittag in einem konzeptionellen Zusammenhang stehen
- bei denen erweiterte Lernangebote, individuelle Fördermaßnahmen und Hausaufgaben in die Konzeption eingebunden sind
- in denen die gemeinsame und individuelle Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler als pädagogische Aufgabe im Konzept enthalten ist
- in denen alternative Unterrichtsformen, wie Projektunterricht, selbstständiges Lernen, Freiarbeit usw. ermöglicht werden
- in denen an allen Schultagen ein warmes Mittagessen angeboten wird
- in denen eine ausreichende Ausstattung mit zusätzlichem Personal, mit einem erweiterten Raumangebot sowie mit zusätzlichen Lehr-, Lernmitteln und Medien vorhanden ist.

Solange das Land Niedersachsen zwar vollmundig offene Ganztagsgrundschulen propagiert aber gleichzeitig keinerlei zusätzliche Mittel für deren Ausstattung bereitstellt, sehen wir die Umsetzung einer Ganztagsgrundschule hier in Ronnenberg in äußerst weiter Ferne. Vielversprechende Ansätze wie in Weetzen werden wir allerdings kritisch begleiten.

An dieser Stelle wie immer allen, die sich im vergangenen Jahr in der Stadt und für die Stadt engagiert haben – sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich – ein herzliches Dankeschön.

**Ruth Wenzel, Fraktionsvorsitzende**



# E10 boykottieren!

**Seit Februar 2011 bietet ein Großteil der Tankstellen in Deutschland den neuen Kraftstoff E10 an. Er besteht zu 90 % aus Benzin und zu 10 % aus »Bio«-Ethanol, einem Alkohol aus pflanzlichen Rohstoffen, wie Rüben, Getreide oder Zuckerrohr. E10 soll laut Umweltministerium die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren und die Erdölreserven schonen.**

**Doch ob E10 der Atmosphäre tatsächlich CO<sub>2</sub> erspart, ist mehr als fraglich. Sicher ist aber: Der Anbau von »Energiepflanzen« konkurriert mit dem Anbau von Nahrungsmitteln und zerstört natürliche Ökosysteme. Das Umweltinstitut München ruft daher alle Autofahrer zum Boykott des E10-Kraftstoffes auf.**

Das deutsche Biokraftstoffquotengesetz schreibt den Mineralölhändlern vor, eine jährlich steigende Menge an »Bio«kraftstoffen auf den Markt zu bringen. Mit der Einführung des Kraftstoffs E10 soll der Anteil von Agrobrenzin auf 3,6% erhöht werden.

## Weniger Treibhausgase durch E10?

Aufgrund der Proteste von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gegen Agrosprit führte die EU eine »Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung« ein. Diese schreibt vor, dass Biotreibstoffe gegenüber fossilen Kraftstoffen mindestens 35% Treibhausgase einsparen müssen.

Doch diese angebliche Reduktion um mindestens 35% ist geschicktes Greenwashing. Denn E10 besteht nur zu 10% aus »Bio«-ethanol. Damit reduziert sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den Autoabgasen insgesamt nur um circa 3,5%. Ein Witz, angesichts der Risiken und Nebenwirkungen der Agrokraftstoffe.

Allein eine sparsame Fahrweise reduziert den Benzinverbrauch um 20%. Auch mit leichten, geringer motorisierten Fahrzeugen lässt sich deutlich mehr CO<sub>2</sub> einsparen, als mit dem vermeintlichen Ökosprit.

Doch selbst die angebliche CO<sub>2</sub>-Reduktion um 35% ist umstritten. Diese wurde zwar als Mindestanforderung festgeschrieben. Allerdings werden entscheidende Treibhaus-Effekte in der komplizierten CO<sub>2</sub>-Bilanzrechnung überhaupt nicht berücksichtigt. Gar nicht erfasst werden zum Beispiel die so genannten indirekten Landnutzungsänderungen.

## Auswirkungen indirekter Landnutzungsänderungen

Der Anbau von Agrosprit-Pflanzen benötigt Millionen Hektar an Ackerflächen. Wer-

den Naturflächen wie Wälder, Savannen oder Wiesen in Agrosprittäcker umgewandelt, wird CO<sub>2</sub> freigesetzt. Gemäß Nachhaltigkeitsverordnung muss dieser Treibhauseffekt in die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Agrotreibstoffs einbezogen werden.

Oft erfolgt die Umwandlung von Naturflächen jedoch indirekt: Die von den Agrosprittpflanzen verdrängten Nahrungsmittel werden auf neu erschlossenen Flächen angebaut. Die Effekte dieser so genannten »indirekten Landnutzungsänderung« (Indirect Land Use Change, ILUC) werden durch die Biomassenachhaltigkeitsverordnung nicht erfasst.

Insgesamt stehen durch Agrosprit weniger Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln zur Verfügung. Die Ackerflächen auf der Erde sind schlicht zu klein, um gleichzeitig die Welternährung sicherzustellen und unsere Mobilität zu ermöglichen. So verdammt Agrosprit Millionen Menschen zu Hunger und Mangelernährung.

## Fetter Profit auf schlechten Böden?

Gerne wird der Anbau auf degradierten Flächen, also auf Böden, die bereits stark an Produktivität eingebüßt haben, als umweltverträgliche Lösung für den Anbau von Energiepflanzen genannt. Doch dies ist Wunschdenken.

Degradierte Flächen liegen schließlich brach, weil sie nicht rentabel sind. Ihr Ertrag ist gering und der Aufwand für Maßnahmen zur Bodenverbesserung hoch. Werden degradierte Flächen wiederum mit großen Mengen an Kunstdünger behandelt, ist der Klimanutzen sowieso dahin.

Doch in der Praxis werden schlechte Böden nicht für den Anbau von Agros-

prittpflanzen genutzt, denn diese »Cash-Crops«, werden auf dem Weltmarkt gehandelt und sollen Geld in die Kasse bringen. Würden sich die internationalen Ethanol-Produzenten mit der mageren Ausbeute degradierter Böden zufrieden geben? Sicher nicht. Je größer die Nachfrage nach Energiepflanzen, je höher die Profite durch den Verkauf von Ethanol, umso eher wird Agrosprit auf den besten Böden angebaut. Diese Flächen sind dann für den Anbau von Nahrungsmitteln oder als Naturraum verloren.

Der Anbau von Energiepflanzen geht einher mit einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft, industriellen Monokulturen und Gentechnik. Sicher wird die Agro-Sprit-Produktion keinen nachhaltigeren

Weg beschreiten, als die bisherige globalisierte industrielle Landwirtschaft. Noch dazu werden die Grenzwerte für Agrargifte für Agro-Sprit weniger streng sein als für Lebensmittel.

## Zertifizierung: Der Bock wird zum Gärtner

Die Nachhaltigkeit der Agrosprittproduktion soll gemäß »Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung« über ein Zertifizierungsverfahren kontrolliert werden.

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) hat bisher zwei Zertifizierungssysteme anerkannt, die Kriterien für die nachhaltige Biomasseproduktion entwickelt haben: die »International Sustainability and Carbon Certification (ISCC)« und die »REDcert (Gesellschaft zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biomasse mbH)«. Beide Zertifizierungssysteme werden von der Biomasse verarbeitenden Industrie dominiert.

## ISCC und REDcert

Das Mitgliederverzeichnis der ISCC liest sich wie das globale Branchenbuch der Bioenergie-Unternehmen, von A wie »Abengoa Bioenergy Trading Europe« bis V wie »Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V.«. Riesige Konzerne wie Cargill, Nestlé, Shell und Morgan Stanley sind Mitglieder des ISCC e.V.

Die Gesellschafter der REDcert kommen ausschließlich aus der Biomasseindustrie. Es sind unter anderem die Union zur För-





→ derung von Öl- und Proteinpflanzen, der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie, der Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland und der Bundesverband der Ethanolwirtschaft. Nicht eine Organisation der Zivilgesellschaft ist in dieser Zertifizierungsorganisation vertreten.

So ist keine unabhängige Zertifizierung möglich, welche im Zweifel gegen Profitinteressen entscheidet und die Interessen der von Agrospritproduktion betroffenen Natur und Menschen vertritt. Diese Zertifizierungssysteme sind reine Marketingmaßnahmen der Agrosprit-Industrie.

### Eins plus eins ist?

Selbst wenn man den Zertifizierungssystemen und -stellen integrale Absichten unterstellt, ist eine Bilanzierung der Klimaeffekte von Agrosprit praktisch unmöglich. Die Modelle zur Bilanzierung sind extrem komplex, Studien kommen je nach Auftraggeber zu unterschiedlichsten Ergebnissen. Zu viele Faktoren sind zu berücksichtigen, zum Beispiel Effekte des Klimawandels, Bevölkerungswachstum, Bodendegradation, Spekulation auf den Rohstoffbörsen, Landnutzungsänderungen sowie wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern.

Der gesunde Menschenverstand sollte zur Erkenntnis verhelfen, dass ohne die Erschließung zusätzlicher Flächen oder die extreme Intensivierung der Flächennutzung nicht Millionen Tonnen Ackerfrüchte zusätzlich erzeugt werden können.

### Ein Problem kommt selten allein

Dem Autofahrer bringt E10 zudem gewichtige Nachteile. So verbraucht ein Motor durch E10 ein im Durchschnitt 3% mehr Treibstoff. Der Finanzminister kann also mit erheblichen Mehreinnahmen rechnen. Vor allem Besitzer älterer Autos müssen außerdem Motorschäden fürchten, da viele Modelle den hohen Ethanolanteil nicht vertragen.

Sogar Gesundheitsschäden durch die Agro-Abgase sind nicht auszuschließen: Gemäß Frau Professor Katharina Kohse-Höinghaus von der Physikalischen Chemie an der Universität Bielefeld hat eine brasilianische Studie einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Verbrauch von Ethanol als Kraftstoff und der Menge an Aldehyden gezeigt. Aldehyde gelten als Vorläufer von Ozon. Dieses kann in ho-

hen Konzentrationen Atemwegsreizungen hervorrufen. Auch krebserregendes Formaldehyd entsteht bei der Verbrennung von Ethanol.

### Weniger Auto statt mehr Agrosprit

Der Straßenverkehr in der EU wuchs zwischen 1997 und 2007 um 43%. Das Verkehrsministerium erwartet bis 2015 eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens. Der Personenverkehr wird voraussichtlich um 20, der Güterverkehr um bis zu 70, und der Güterfernverkehr um 80% wachsen. Diesen Verkehr gilt es, laut Bundesminister Peter Ramsauer, »zu ermöglichen, nicht zu verhindern«. Dabei ist der Verkehr EU-weit schon heute für über 25% der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Ein solches Transportaufkommen ist unsinnig und hat verheerende Auswirkungen auf Mensch, Natur und Klima.

Agrosprit ist Greenwashing. Anstelle von Agrokraftstoffen brauchen wir ein neues Mobilitätsverhalten und eine umweltorientierte Verkehrspolitik. Dabei sollte die Vermeidung des Verkehrs erste Priorität haben, gefolgt von effizienten Technologien und sparsamer Fahrweise. Doch stattdessen plant die Bundesregierung mit der neuen PKW-Energieverbrauchskennzeichnung, große, schwere Spritschlucker als besonders effizient zu kennzeichnen.

### Agrosprit boykottieren!

E10 wird den Klimawandel nicht bremsen. Die Produktion von Agrotreibstoffen ist ökologisch und humanitär ein Desaster. Boykottieren Sie daher E10 und rufen Sie Menschen in Ihrer Umgebung dazu auf!

Sie erkennen den E10 Kraftstoff an der Bezeichnung »Normal E10«, »Super E10« oder »SuperPlus E10« auf den Zapfpistolen beziehungsweise den Zapfsäulen. Kaufen Sie dieses Benzin nicht, sondern stattdessen Benzin mit der Bezeichnung »Super«, das »nur« die gesetzlich vorgeschriebenen 5% »Bio«-ethanol enthält.

Oder noch besser: Lassen Sie Ihr Auto einfach mal stehen. Dabei ist der Nutzen für das Klima garantiert.

**Umweltinstitut München e.V.**  
**Antje Wagner, Dipl. Forst**  
[www.umweltinstitut.org/agro-kraftstoffe/allgemeines/e10](http://www.umweltinstitut.org/agro-kraftstoffe/allgemeines/e10)

### Der Kommentar

Die Beimischung von 10% Ethanol in das Benzin – u. a. aus Klimaschutzgründen – verursacht bei umweltbewussten Bürgern blankes Kopfschütteln. Dieser Kraftstoff soll nicht mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre abgeben, als dessen »Herkunftspflanzen« während ihres Wachstums der Atmosphäre entzogen haben.

Was aber wurde bei dieser Rechnung nicht berücksichtigt?

1. Die landwirtschaftliche Produktion (Bodenbearbeitung, Düngung, Ernte e.t.c.) erzeugt CO<sub>2</sub> und Lachgas (sehr stark klimaschädlich)
2. Die Produktion von Stickstoff und Pestiziden – zur Pflanzenmassenproduktion verstärkt gebraucht – erzeugt CO<sub>2</sub>
3. Der Transport der Pflanzenmasse zur Verarbeitung verursacht CO<sub>2</sub>.
4. Die Anbauflächen werden der Nahrungsmittelerzeugung entzogen – insbesondere in Ländern mit kleinbäuerlichen Strukturen wie z. B. in Afrika.
5. Das Abbrennen von Ur- und Regenwäldern und die Einbeziehung von Brachflächen zum Zwecke des Anbaues von Ölpalmen verursachen ungeheure Mengen an CO<sub>2</sub> – usw.

All dies ist in einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten zu dieser Problematik lesbar. Es scheint so, dass mal wieder profitorientierte Kreise uns – gefördert durch unsere Regierung – offenbar unsinnige Maßnahmen aufzwingen.

Umweltorientierte Autofahrer sollten diesen Kraftstoff nicht kaufen!

**Hans-Jürgen Pein**  
**Vorstand Grüne, Ronnenberg**



## Keine Wohnbebauung auf versalzenem Gelände!

Die Grüne Ratsfraktion wird den B-Plan-Änderungen, dem Aufstellungsbeschluss des B-Plans 113 und der 43. Änderung des F-Planes »Rathaus-Umfeld« nicht zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass dieses Areal für Gewerbe offen gehalten werden sollte, da dieses Gebiet in einer hervorragenden Stadtrandlage zu Hannover liegt. Zu nennen sind hier die Verkehrsanbindung, Vorwahl 0511... und der Gewerbeverkehr muss kein Wohngebiet direkt durchfahren. Alles sehr gute Standortfaktoren. Wir sind davon überzeugt, dass schon sehr bald auch diese Gewerbeflächen vermarktet werden. Es ist nicht einzusehen, warum die Stadt Ronnenberg bei anziehender Nachfrage nach Gewerbegrundstücken diese guten Lagen aufgibt um dann, möglicherweise, wertvolles Ackerland anderswo im Stadtgebiet in Gewerbegebiete umzuwandeln.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für unsere Ablehnung sind die hochproblematischen Bodenverhältnisse, die nach gesundem Menschenverstand keine Wohnbebauung zulassen dürften. Der Boden auf dem Areal der ehemaligen kleinen Kalirückstandshalde ist tiefgründig versalzen und kann nicht saniert werden! Bestenfalls kann durch Aushub mit anschließender Einbringung einer kapillarbrechenden Schicht ein Aufsteigen der Kalilauge gebremst werden. In den Gärten wäre nur eingeschränkt Bepflanzung möglich, da tiefgründig wurzelnde Bäume oder Sträucher die ätzende Salzlauge nicht vertragen.

Es besteht die konkrete Gefahr, dass durch aufsteigende Lauge eine Beschädigung der Solplatten stattfindet. Die Häuser wären dann in ihrer Standsicherheit gefährdet, wenngleich dieser Prozess sehr langsam und schleichend von statten geht. Wer kommt in einem solchen Fall für den Scha-

den auf? Es werden wohl die HauseigentümerInnen sein, die dann den Traum vom Eigenheim ausgeträumt haben dürften.

Einige Damen und Herren dieses Rates sind der Auffassung, ... »jeder, der hier baut, kann wissen, wo er oder sie baut!« Diese Aussagen sind zynisch und zeugen von mangelndem Problembewusstsein und Verantwortung gegenüber den möglichen zukünftigen Einwohnerinnen und Einwohnern Empeldes.

Der Rat sollte hier klar Flagge zeigen und in einem Akt von Gefahrenabwehr gegen eine mögliche Wohnbebauung votieren und nicht den Interessen der Investoren nachgeben!

**Andreas Beichler,  
Grüne Ratsfraktion**

## Blockade auf dem Rücken der Bedürftigen

Es ist bedauerlich, dass eine Einigung in den Hartz-IV-Verhandlungen an der Blockadehaltung von Union und FDP gescheitert. Offenbar hat Frau Merkel ihren Koalitionsfrieden über das Wohl der Kinder und Familien auch hier in Ronnenberg gestellt.

Insbesondere in der letzten Verhandlungsrunde war keine Einigung mehr gewollt. Es ging um die Existenzsicherung für alle Menschen, die im ALG-II-Bezug sind und es ging um ausreichende Löhne für diejenigen, die erwerbstätig sind. Diesen zentralen Fragen hat sich die Regierung verweigert.

Schwarz und Gelb waren weder bereit, den Regelsatz verfassungskonform auszugestalten, noch waren sie bereit, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Selbst mehr Branchenmindestlöhne waren für Schwarz-Gelb tabu. Wieder einmal ist die Koalition vor dem Druck der Wirtschaft eingeknickt, wie sie es bereits bei der Frauenquote in der letzten Woche vorgemacht hat. Die Verhandlungen ohne Ergebnis zu beenden, war das richtige Signal der Opposition, das wir unterstützen.

Jetzt ist die Regierung am Zug zu erklären, warum sie eine Lösung blockiert, die das Lohndumping in der Leiharbeit beendet. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit wird es für Zeitarbeiter dank der Verweigerung der CDU/FDP Koalition auch künftig nicht geben.

Die in zähen Verhandlungen mit der Regierungsseite erreichten Änderungen hätten dafür gesorgt, dass die Gelder aus dem Paket für Bildung und Teilhabe dort ankommen, wo sie hingehören, nämlich bei den Kindern. Allerdings war die Regierung nicht bereit, nennenswert in die soziale Infrastruktur zu investieren.

Die Koalition hat versucht, sich die grüne Zustimmung zu ihrem Gesetz mit einem Vorschlag zur finanziellen Entlastung der Kommunen zu erkaufen. Aber ein Vermittlungsergebnis, das uns zwingen soll, Regelsätzen zuzustimmen, die nicht verfassungskonform berechnet sind, können wir nicht akzeptieren. Wir lassen uns nicht erpressen.

Wir Grünen wollen beides: mehr Bildungsangebote für Kinder aus armen Familien und Verbesserungen für die Hartz-IV-

Empfänger und für Menschen mit Armuts-löhnen.

Es muss jetzt weiter das Ziel verfolgt werden, Kommunen wie Ronnenberg zu entlasten, indem der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt.

Es ginge um eine grundsätzliche Frage von sozialer Politik.

Es ist eine grundlegende politische Frage, wie wir mit den Menschen am unteren Ende unserer Gesellschaft umgehen. Schwarz-Gelb steht für soziale Spaltung, denn sie wollen keine echte Existenzsicherung, sie akzeptieren Armuts-löhne und das Anwachsen prekärer Beschäftigung. Wir Grünen hier in Ronnenberg treten ein für eine solidarische Gesellschaft, in der jeder Erwachsene und jedes Kind gerechte Chancen bekommt, in der man vom Lohn seiner Arbeit leben kann und die jedem Menschen das tatsächliche Existenzminimum garantiert.

**Jörg Rutzen,  
Vorstand Grüne Ronnenberg**



# Grüne lehnen Bebauung neben der Bahnlinie im Wohnpark ab

Menschen dort zum Wohnen einzuladen nimmt ihnen das Recht auf körperliche Unversehrtheit

Es nicht nachvollziehen, warum in einem Gebiet mit einer Vorbelastung durch Altlasten und Verlärmung mit aller Macht gebaut werden soll. Die Verschiebung der Verantwortung auf potentielle Käuferinnen und Käufer der Immobilien, wie im Ausschuss von Ratsvertretern argumentiert wurde, ist zynisch. Wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter sind in der Pflicht, Schaden von unseren Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden. Das ist die eindeutige Position der Grünen Ratsfraktion. Der Untergrund des Lärmschutzwalls ist eine nicht sanierte Altlast. Das Erdreich ist hier bekanntermaßen mit hochtoxischen Munitionsresten verseucht. Wer gibt die Garantie, dass diese Altlast sich nicht »bewegt«, Schadstoffe abfließen? Im Bebauungsplan ist die Rede davon, die Baugrundstücke um 1 m tiefer zu legen, um einen besseren »Lärmschutz« zu gewährleisten. Von einer zusätzlichen Sicherung des Walls ist nicht die Rede!

Das vorliegende Lärmgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Orientierungswerte z. Zt. tagsüber geringfügig überschritten werden und nachts um bis zu 14 dB(A), statt 45 dB(A) auf 55 bis 59 dB(A). Eine Erhöhung von jeweils 10 dB(A) macht sich als Verdoppelung der Lautstärke bemerkbar. Durch die prognostizierte Zunahme des Schienenverkehrs wird sich die Lärmsituation noch verschärfen. Von z. Zt. 7 Zügen/Std. pro Tag werden bis 2015 gut 10 Züge/Std. (= alle 6 Minuten ein Zug) erwartet. Ein Güterzug im Fernverkehr ist laut Lärmgutachten bis zu 700 m lang.

Der Bund berechnet als Grundlage einen Mittelwert aus den gemessenen Pegeln der vorbeifahrenden Güterwaggons und den Ruhephasen dazwischen. Von diesem wird dann der so genannte Schienenbonus von 5 dB[A] abgezogen, weil es Studien gibt, die besagen, dass Schienenlärm als weniger störend empfunden wird als der gleichmäßig rauschende Straßenverkehr. Gestört werden die Menschen aber vom Lärm einzelner vorbeifahrender Züge und nicht von Mittelungspegeln.



Eine nicht sanierte Altlast: Der Damm unmittelbar an der Bahn ist belastet mit hochgiftigen Stoffen aus der Munitionsherstellung und grenzt direkt an die Grundstücke.

Weiter sind auch die Erschütterungen, die die vorbeifahrenden Züge verursachen, nicht zu unterschätzen. Dieser so genannte Körperschall erzeugt Vibrationen, die die Menschen krank machen.

Für Wohn- und Schlafräume werden passive Lärmschutzmaßnahmen vorgeschrieben. Ein weitere Vorgabe sind schallgedämmte Lüftungseinrichtungen in Kinderzimmern auch im Sommer. Den zukünftigen BewohnerInnen werden gar Hilfen mit an die Hand gegeben, wie sie sich in dieser besonderen Umgebung zu verhalten haben: Aufgrund der Ergebnisse des Lärmgutachtens wird ausgeschlossen, die Terrasse in einer lauen Sommernacht nutzen zu können.

Die Bebauung bei Überschreitungen der Orientierungswerte sind ausnahmsweise bei einem gewichtigen städtebaulichen Interesse erlaubt, z. B. zur Auslastung der örtlichen Infrastruktur oder um eine Abwanderung der Bevölkerung in ländliche Gebiete verhindern zu können. Für die Bebauung auf dem schmalen Streifen an der Bahnlinie trifft keiner dieser Gründe zu. Rund 15% der deutschen Bevölkerung müssen heute unter gesundheitsbedrohlichen Bedingungen leben. Etwa 2000 bis 4000 Menschen sterben jährlich an den Folgen der Dauerbeschallung. Auch Bluthochdruck und zunehmender Medikamentengebrauch wurden beobachtet. Allein durch Krankheit und Todesfälle verursacht Verkehrslärm Kosten von etwa zwei Milli-

arden Euro im Jahr. Was den Nachweis derartiger Zusammenhänge schwierig macht, ist die Tatsache, dass die Patienten häufig auch anderen Umweltbelastungen ausgesetzt sind: Schließlich ist die Luft an großen Straßen nicht die beste, und wer hier wohnt, hat meist wenig Geld. Insofern ist Verkehrslärm auch Thema mangelnder Umweltgerechtigkeit.

Eines der entscheidendsten Kriterien für den Wert einer Wohnimmobilie ist hierzulande die ruhige Umgebung. Anders gesagt: Eine neue Straße oder ein Flughafen mindern den Wert eines Hauses enorm. Kerstin Giering, Schallschutz-Professorin aus Trier, hat ausgerechnet, dass Vermietern aufgrund von Umgebungslärm jährlich sieben Milliarden Euro durch die Lappen gehen. Summa summarum belastet der Krach auf deutschen Straßen die Volkswirtschaft mit über neun Milliarden Euro.

Auch wenn für Neubauten die Schließung von Baulücken in der Regel zu bevorzugen ist, so ist eine Bebauung entlang der Bahnstrecke weder notwendig noch sinnvoll. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ronnenberg lehnen die geplante Bebauung im Wohnpark direkt an der Bahnlinie weiterhin mit Nachdruck ab und fordern eine Beschränkung auf die freien Flächen östlich der Robert-Koch-Straße.

**Ruth Wenzel,  
Grüne Ratsfraktion**



# Ein Wahlbereich statt zwei für Ronnenberg?

**Eine Chance für mehr Demokratie wurde vertan!**

**S**tädte der Größenordnung Ronnenbergs mit mindestens 34 und höchstens 39 zu wählenden Vertreterinnen und Vertretern im Rat können zwei Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 11. September 2011 bilden. Die Bildung von zwei Wahlbereichen, wie wir sie in der Vergangenheit hatten, ist somit nur noch eine »kann«-Möglichkeit. Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz geht in der Regel von einem Wahlbereich aus.

In der von der Verwaltung vorgelegten Drucksache 120/2010 wurde dagegen dem Rat nur eine Alternative vorgeschlagen, die Bildung von zwei Wahlbereichen. Hierzu lag ein Änderungsantrag der Grünen Ratsfraktion vor.

Der Wahlbereich I (Ronnenberg, Weetzen, Linderte Ihme-Roloven, Vörie) und der Wahlbereich II (Empelde, Benthe) hätten zu einem einzigen Wahlbereich zusammengeführt werden können, wenn der Rat dem Änderungsantrag der Grünen mehrheitlich gefolgt wäre. Aber diese Chance wurde vertan!

Abgesehen von längeren Wahlzetteln gibt es aus der Sicht der WählerInnen nur Vorteile: Bei nur einem Wahlbereich für die gesamte Stadt Ronnenberg wird niemand wegen einer Wahlbereichsgrenze

gehindert, »seine/-n« Favoritin/Favoriten zu wählen, alle BewerberInnen können von allen EinwohnerInnen gewählt werden. Es gebe nur eine Liste für jede Partei/Gruppe. Bürgerinnen und Bürger aus Ronnenberg könnten ebenso aus dieser einen Liste der jeweiligen Partei ihre KandidatInnen wählen wie aus Empelde.

Die Auswahl an KandidatInnen ist größer, die somit für sich verstärkt werben müssen, um in den Rat bzw. Ortsrat gewählt zu werden; das bedeutet ein »Plus« an Demokratie.

Kommunalwahlen sind auch Persönlichkeitswahlen. Durch Kumulieren und Panaschieren können die WählerInnen sehr gezielt die KandidatInnen ihres Vertrauens aussuchen und wählen. Schließlich findet die BürgermeisterInnenwahl auch im gesamten Stadtgebiet statt. Bei der Verteilung der KandidatInnen auf zwei Wahlbereichslisten wird diese persönliche Auswahl unnötig eingeschränkt und damit eine Chance auf mehr direkte Demokratie vertan.

Von zwei Wahlbereichen profitieren halt die großen Parteien, weil dadurch die innerparteiliche Auseinandersetzung um Listenplätze reduziert wird. Das in diesem Sinne spezielle Interesse von CDU

und SPD konnte sich noch für den Kommunalwahltermin am 11. September 2011 durchsetzen! 2016 werden die Karten neu gemischt.

**Ruth Wenzel,  
Grüne Ratsfraktion**

## Kumulieren & Panaschieren

Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen hat jede Wählerin/jeder Wähler 3 Stimmen zu vergeben.

Kumulieren heißt: sie geben bis zu drei Stimmen entweder einer Liste insgesamt oder nur einer Kandidatin/einem Kandidaten auf einer Liste. Kumulieren bedeutet, dass Sie Ihre bis zu drei Stimmen gezielt auf eine Bewerbung anhäufen.

Panaschieren heißt, Sie teilen Ihre drei Stimmen nach Belieben auf KandidatInnen auf: innerhalb einer Liste auf verschiedene KandidatInnen, zwischen den Listen auf verschiedene KandidatInnen. Dabei können Sie natürlich auch kumulieren.

# Keine neue Endlagerung: CCS stoppen

**D**er menschengemachte Klimawandel ist längst Realität. Eine völlige Eindämmung der globalen Erwärmung ist bereits heute nicht mehr möglich. Doch auch, um das Ziel, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, zu erreichen, bedarf es eines konsequenten Umdenkens in der Klimapolitik. Die Industriestaaten müssen schnell Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion ergreifen. Denn nur eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und anderer Treibhausgase ist ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz.

Besonders die Verbrennung fossiler Energieträger wie Erdöl, Braun- oder Steinkohle zur Energiegewinnung hat einen verheerenden Beitrag zur Klimaveränderung geleistet. Wenn das Zwei-Grad-Ziel noch

erreicht werden soll, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40% und bis 2050 um 80% reduziert werden. Auch Niedersachsen muss seinen Teil dazu beitragen.

## **Reduktion statt Produktion**

Aller Erkenntnisse über den Klimawandel zum Trotz, setzen die großen Energiekonzerne weiterhin auf Kohle. Derzeit sind 29 neue Kohlekraftwerke in Planung, zehn davon sind bereits im Bau. Dabei wollen uns die Konzerne mit neuen Technologien weismachen, dass die Kohleverbrennung »grüner« wird. Doch diese Beteuerungen helfen nicht weiter. Kohlekraftwerke sind und bleiben Klimakiller! Einzig wirklich wirksame Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion

sind das konsequente Umsteuern in Richtung Erneuerbare Energien und das Einsparen von CO<sub>2</sub>.

## **CCS – Festhalten an gestern statt Technologie für morgen**

Mit einem Verfahren zur Abspaltung und unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage – kurz CCS) versuchen RWE, Vattenfall und E.on ihrer Technologie von gestern einen grünen Anstrich zu verpassen. Sie preisen CCS als Beitrag zum Klimaschutz.

Fakt ist allerdings, dass die CCS-Technologie noch gar nicht zur Verfügung steht. Keines der geplanten oder im Bau befind-

*Weiter auf Seite 8 →*



→ lichen Kraftwerke ist bereits mit dieser Technologie ausgerüstet und die nachträgliche Umrüstung der Anlagen scheint mehr als fraglich. Doch nicht nur das Nachrüsten bereits vorhandener Anlagen wäre teuer und daher aus wirtschaftlichen Gründen kaum zu erwarten. Das Verfahren an sich ist kosten- und energieintensiv. Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung bedeutet einen Energie-Mehraufwand von 10–20%, sprich für das Betreiben derartiger Kraftwerke ist mehr Kohle nötig, um die gleiche Energie zu erzeugen. Darüber hinaus würden wegen des hohen technischen und finanziellen Aufwandes Standorte mit Großkraftwerken strukturell bevorzugt. Dies bedeutet eine massive Behinderung der Entwicklungsmöglichkeiten dezentraler Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Abspaltung von CO<sub>2</sub> als das, was sie wirklich ist: Ein Feigenblatt der Energiekonzerne, um auf Jahre hinaus an ihrer klimaschädlichen Energieerzeugung festhalten zu können.

#### Keine neue Risikotechnologie!

Auch die Bundesregierung macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Lobbyinteressen, in dem sie CCS als Zukunftstechnologie verkauft. Bedenken über die Sicherheit einer unterirdischen CO<sub>2</sub>-Lagerung schlägt sie dabei in den Wind – Bürgerbeteiligung scheint wie so häufig ein Fremdwort für sie zu sein. Denn bislang sind die Risiken, die für Menschen, Tier und Natur entstehen könnten noch nicht eingehend erforscht. Nur durch massiven Protest aus der Bevölkerung konnte die Politik dazu gezwungen werden, sich den Bedenken der Menschen anzunehmen. Erst durch den starken Gegenwind der Schleswig-HolsteinerInnen entschloss sich die dortige Landesregierung den Gesetzesentwurf der Bundesregierung abzulehnen.

Nach den Vorstellungen von RWE, Vattenfall und E.ON soll das abgeschiedene CO<sub>2</sub> unterirdisch in Salzwasser führende

Gesteinsschichten verpresst werden. Vor allem Gebiete in Norddeutschland sind hierfür als geeignet befunden worden. Um das CO<sub>2</sub> von einer Pilotanlage im nordrhein-westfälischen Hürth bis nach Schleswig-Holstein zu befördern, plant RWE bereits heute eine Pipeline quer durch NRW und Niedersachsen bis nach Schleswig-Holstein. Dort soll das CO<sub>2</sub> dann unterirdisch gelagert werden. Obwohl die CCS-Technologie also noch nicht einmal eine gesetzliche Grundlage hat, wird versucht durch den Bau kilometerlanger Pipelines Fakten zu schaffen. Mögliche Risiken, die von austretendem CO<sub>2</sub> oder von einer Vermischung des CO<sub>2</sub> mit dem Grundwasser ausgehen, werden ausgeblendet. Während die Gewinne aus dem Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke in die Taschen der Energiekonzerne fließen, soll die Haftung für die Lagerstätten bereits nach 20 bis 40 Jahren auf die Länder übergehen. Wie bei der Atomkraft also versucht die Industrie die Risiken auf die Allgemeinheit abzuwälzen, während sie selbst die Gewinne einstreicht.

#### Innovation statt fossiler Technologie!

Die Einlagerung von CO<sub>2</sub> kann sich als direkte Blockade für andere, für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit günstigere und nachhaltigere Technologien, erweisen. CCS steht in bestimmten Bereichen in Nutzungskonkurrenz zu alternativen Energiegewinnungsformen, wie beispielsweise geother-

mische Kraftwerke. Die Gesteinsschichten, in die das Kohlendioxid verpresst werden könnten, können dann nicht mehr zur Energieerzeugung aus Erdwärme genutzt werden. Dabei geht das Bundesumweltministerium davon aus, dass bis 2020 rund 7% der in Deutschland benötigten Wärme aus Geothermie gewonnen werden könnte. Diese Chance darf nicht durch CCS leichtfertig vergeben werden.

Statt die innovationsfeindliche Haltung der Energieriesen in Bezug auf alternative Energieerzeugung auch noch zu subventionieren, sollte die Bundesregierung den Erneuerbaren Energien klaren Vorrang einräumen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Niedersachsen**

Wir gedenken unseres  
verstorbenen Mitglieds und  
ehemaligen Vorstandsmitglieds

## Warner Schoone

Unser Parteifreund ist nach  
langem Kampf gegen seine  
Krankheit im Alter von 68 Jahren  
viel zu früh gestorben. Sein  
kommunalpolitischer Einsatz,  
insbesondere für eine  
kinderfreundliche Stadt,  
bleibt unvergessen.



## Impressum – Vorstand

### V.i.S.d.P.:

Regina Lupp,  
Vorstandspräsidentin  
Telefon 0511 433164  
regina.lupp@  
gruene-ronnenberg.de

Verena Kuhn  
Vorstand  
Telefon 0511 466863  
verena.kuhn@  
gruene-ronnenberg.de

www.gruene-ronnenberg.de



## Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel  
Sieben-Trappen-Str. 1  
30952 Ronnenberg  
Telefon 05108 65 28  
ruth.wenzel@  
gruene-ronnenberg.de

Lisa Maack  
Wallbrink 13  
30952 Ronnenberg  
Telefon 05108 923559  
lisa.maack@  
gruene-ronnenberg.de

Andreas Beichler  
Zum Mühlenberg 14 b  
30952 Ronnenberg  
Telefon 0511 461130  
andreas.beichler@  
gruene-ronnenberg.de

Jens Williges  
Stettiner Str. 7  
30952 Ronnenberg  
05109 8299  
jens.williges@  
gruene-ronnenberg.de